

# Rede Matthias Platzeck SPD Landesparteitag 13. Oktober in Eisenhüttenstadt

Achtung: Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich begrüße Euch alle zum heutigen Landesparteitag. Sicher ist es nach den Ereignissen der letzten Tage schwierig, sich über politische Veränderungen vor Ort zu unterhalten, während die Welt sich in einer derart angespannten Lage befindet.

Unvorstellbares ist geschehen, eigentlich Udenkbares ist in wohl kranken Gehirnen doch gedacht worden - und nicht nur gedacht, sondern kalt, zynisch und technisch perfekt in die Tat umgesetzt worden.

Ein ganzes Netzwerk von Mördern hat monatelang, wahrscheinlich jahrelang, die Auslöschung von tausenden ahnungslosen Menschen - Männern und Frauen, Kindern und Alten geplant und realisiert. Man kann davon ausgehen, dass blinder Hass und politischer oder religiöser Fanatismus dabei Pate standen.

Diese unfassbare Tat wird unsere Welt verändern. Fragen der Sicherheit von Menschen, von Ländern, Städten und Gebäuden, von Industrieanlagen und Kraftwerken müssen neu gestellt und beantwortet werden. Die Freizügigkeit im Personenverkehr weltweit, eigentlich eine Errungenschaft unserer Zeit, gerät auf den Prüfstand. Sicherheitsdienste und Überwachungsnotwendigkeiten werden unser aller Leben zunehmend begleiten.

Neben der Trauer und dem Mitgefühl keimen aber in mir auch Fragen auf zu eigentlich gleichfalls Unvorstellbarem:

Was geht in den jungen Menschen vor, die bereitwillig und fanatisch in den Tod gehen und dabei unzählige unschuldiger Mitmenschen bewusst mitreißen?

Wer hat sie erzogen, wer hat sie geprägt, in welchem Umfeld gedeiht solcher Ungeist und wie entsteht solches Umfeld?

Wir haben dem amerikanischen Volk viel zu verdanken - nicht zuletzt unsere Freiheit. Wir trauern und fühlen mit den Amerikanern und viele werden für sie beten.

Ich wünsche mir sehr, dass die Aufklärung und die Sühne für diese Verbrechen auch gemeinsame Anstrengungen der demokratischen Weltgemeinschaft umfasst, um den Nährboden eventueller künftiger Taten Stück für Stück zu beseitigen.

Demokratie, Freiheit und Solidarität sind und bleiben die einzigen Garanten für ein menschenwürdiges Leben auf unserer Erde.

Diese Grundwerte werden von den in Afghanistan regierenden Taliban mit Füßen getreten. Dieses Regime bietet dem internationalen Terrorismus nicht nur Unterschlupf

und stützt ihn, sondern unterdrückt sein eigenes Volk in unvorstellbar grausamer Weise. Besonders betroffen sind die Frauen. Frauen ist es verboten, außerhalb ihres Hauses zu arbeiten. Sie dürfen nicht mit männlichem Verkaufspersonal verhandeln und sich nicht von männlichen Ärzten behandeln lassen. Ihnen ist es nicht gestattet, an Schulen, Universitäten und anderen Bildungsinstituten zu studieren.

Frauen, die angeklagt sind, außerehelichen Sex gehabt zu haben, werden öffentlich gesteinigt.

Frauen müssen einen langen Schleier tragen, der sie vom Kopf bis zu den Zehen einhüllt. Wer dagegen verstößt, wird ausgepeitscht oder geschlagen.

Es besteht ein strenges Verbot für Frauen, Absatzschuhe zu tragen, die beim Gehen Geräusche produzieren könnten. Ein Mann darf die Schritte einer Frau nicht hören. Sie dürfen weder Taxis benutzen noch im Radio oder im Fernsehen auftreten, geschweige denn Sport treiben, Fahrrad fahren, fotografieren oder filmen. Ebenfalls verboten ist öffentliches Baden.

Männer und Frauen dürfen nicht im selben Bus reisen. Öffentliche Busse müssen mit der Aufschrift "Nur für Männer/Nur für Frauen" gekennzeichnet sein.

Männern wurde befohlen, islamische Kleidung und eine Kappe zu tragen. Der Bart darf nicht rasiert werden.

Jeder, der im Besitz von verbotener Literatur ist, wird exekutiert. Ebenso jeder, der zu einer anderen Religion übertritt.

Nichtmoslemische Minderheiten müssen sich einen gelben Stofffleck an die Kleidung heften. Genauso, wie es die Nazis mit den Juden gemacht haben.

Anrede

Afghanistan unter den Taliban ist ein Land, in dem die Rechte der eigenen Bevölkerung in jeglicher Hinsicht eingeschränkt sind. Das Taliban-Afghanistan ist ein Land, in dem die Freiheit unter Todesstrafe steht.

Anrede,

das weckt gerade bei uns Deutschen erschreckende historische Erfahrungen, das ist Menschenverachtung pur. Wenn ich in den letzten Tagen gesehen habe, wie Rechtsextreme versuchen, Antisemitismus und Antiamerikanismus zu verbreiten, dann müssen doch dem Letzten die Augen aufgehen, was hier gespielt wird.

Anrede

Richtig wütend macht mich in diesem Zusammenhang das erneute historische Versagen der PDS. Wer angesichts der terroristischen Gewaltakte und der menschenverachtenden Zustände im Land eine sofortige Einstellung der Angriffe auf Ziele in Afghanistan fordert, der hat noch immer nicht begriffen, dass sich diktatorische Systeme nicht zum Abdanken bitten lassen, der hat aus der Geschichte nichts gelernt.

Wer sagt, die Luftschläge auf militärisch-terroristische Ziele seien die falsche Antwort auf den Anschlag vom 11. September, wie die PDS-Parteivorsitzende Gabi Zimmer, der muss auch erklären, wie diese terroristische Gefahr für die Welt dann gebannt werden soll. Die PDS fordert die Bundesregierung auf, sich für ein Ende der Angriffe einzusetzen und spricht gleichzeitig von Solidarität. Wer von Solidarität spricht, ohne aber bereit zu sein, diese auch zu leisten, der handelt unverantwortlich, dessen Solidaritätsbekundungen sind Lippenbekenntnisse ohne Nutzen und Wert.

Gerade für uns ostdeutsche Sozialdemokraten, mit unserer Entstehungsgeschichte, ist die Entscheidung, auch militärische Aktionen zu billigen, keine leichte. Aber um den neuen Arten der Bedrohung nach dem Ende des kalten Krieges beizukommen, dabei hilft uns kein Wegschauen. Das hat auch schon der Krieg auf dem Balkan gezeigt. Auch dort verweigerte sich die PDS. Diese Partei spekuliert auf eine kurzfristige populistische Friedensdividende. Letztlich ist das genau das, was die PDS den USA und auch der Bundesregierung vorwirft: zynisch und menschenverachtend.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wenn wir uns heute auf unserem Landesparteitag über die Wege und Ziele für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes verständigen wollen, so sollte man diesen Moment nutzen um einmal inne zu halten und sich umzuschauen. Es gilt an so einem Punkt auch zu resümieren. Zu resümieren, was bereits geschafft wurde, was positiv war und an welchen Punkten wir Veränderungen vornehmen müssen. Dabei sollten wir genau schauen, von welcher Position wir gestartet sind. 1989 als der Großteil der maroden Betrieb versuchte, sich in der Marktwirtschaft zurecht zu finden. Niemand konnte bei den vorhandenen strukturellen Defiziten erwarten, dass 11 Jahre deutsche Einheit und 3 Jahre Regierungsverantwortung für Rot/Grün ausreichen um den Strukturwandel in Ostdeutschland zu einem positiven Abschluss zu bringen.

Unsere Politik in Brandenburg war von Anfang an darauf ausgerichtet, in unserem Land eine moderne konkurrenzfähige Wirtschaftsstruktur auf der Basis der bestehenden industriellen Kerne aufzubauen. Eisenhüttenstadt ist eines der besten Beispiele für diese Politik. Auch andere positiven Effekte sind bereits erkennbar, etwa der Zuwachs im verarbeitenden Gewerbe, im Dienstleistungsbereich und der deutliche Anstieg des Exportes. Aber wir dürfen eben nicht vergessen, dass es sich um einen Transformationsprozesses handelt und das dieser leider seine Zeit braucht. Sicher sind nicht alle Vorstellungen, die wir in den Anfangsjahren hatten, sind aufgegangen.

Für den wirtschaftlichen Strukturwandel braucht man einen langen Atem und noch immer sind große infrastrukturelle Lücken vorhanden und die Unternehmensdichte ist für einen sich selbsttragenden Aufschwung zu gering. Aber es ist falsch, immer nur zu beklagen, was noch nicht geschafft worden ist. Wenn wir vergleichen, sollten wir nicht immer nur gen Westen schauen. Ein Blick nach Polen oder noch weiter nach Osten

macht uns deutlich, was alles geleistet worden ist. Und daraus können wir Kraft schöpfen, die wir weiter brauchen.

(Anrede)

Es wird entscheidend darauf ankommen, das Selbstvertrauen, die Ausdauer und die Eigeninitiative der Menschen in Ostdeutschland zu stärken und von staatlicher Seite aktiv zu unterstützen. Ziel muss sein, durch neue Produkte und Technologien zukunftsfähige Arbeitsplätze in Ostdeutschland zu schaffen. Dazu sind auch weitere Investitionen in Wissenschaft und Forschung erforderlich.

Um die regionale Identitäten und Potentiale zu stärken, sind weitere öffentliche Investitionen für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Erneuerung unserer Städte und die kommunale Infrastruktur unabdingbar. Dies setzt zusätzliche Impulse vor Ort und ist ein entscheidender Baustein für die wirtschaftliche Revitalisierung Ostdeutschlands.

Aufgrund ihres eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraums können die meisten ostdeutschen Kommunen diese Aufgabe nicht mehr allein vollbringen. Wir brauchen deshalb ein von Bund und Ländern getragenes kommunales Investitionsprogramm, um die Infrastruktur der Städte und Gemeinden weiter zu erneuern und auszubauen. Ostdeutschland braucht Maßnahmen, mit denen durch gezielte Impulse die vorhandenen Kräfte vor Ort freigesetzt werden

Der Aufbau einer modernen und konkurrenzfähigen Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland lässt sich aber dadurch alleine nicht erreichen. Nur wenn Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandorte in Ostdeutschland liegen, kann ein selbsttragender Aufschwung entstehen.

Die zu geringe Kapitaldecke behindert die Ausgründung von neuen Unternehmen mit zukunftsfähigen Produktlinien, die eine eigenständige Wertschöpfung in Ostdeutschland erst ermöglichen. Um zu sichern, dass die Investitionen in Bildung und Forschung in Ostdeutschland auch zu einem langfristigen Aufschwung in den Regionen führen, müssen von Privatwirtschaft und staatlicher Seite verstärkt Risikokapital zur Verfügung gestellt werden. Nur so können trotz der geringen Kapitaldecke Ausgründungen aus Forschungseinrichtungen vor Ort ermöglicht werden. Sonst besteht die Gefahr, dass Ostdeutschland mit seiner Wissenschaftslandschaft zur „Entwicklungsabteilung für Deutschland“ wird, die Arbeitsplätze jedoch in anderen Regionen entstehen.

Verstärkt müssen deshalb die Transferleistungen für die Sicherung und das Wachstum neu entstandener Unternehmen und Betriebe eingesetzt werden, um eine „zweite Enttäuschung“ der Ostdeutschen durch das Scheitern ihrer eigenen Aufbaubemühungen zu verhindern.

(Anrede)

unser Ziel bleibt es, Brandenburg zu einem dynamischen Wirtschaftsstandort in der Mitte Europas zu entwickeln. Dabei werden wir auch immer die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Regionen unseres Landes berücksichtigen müssen.

Kein anderes Bundesland hat so stark mit dem Phänomen eines prosperierenden Ballungszentrums auf der einen Seite und einer bis auf wenige alte industrielle Kerne eher ländlich geprägten Struktur auf der anderen Seite zu kämpfen, wie wir in Brandenburg.

Deswegen muss es auch immer unsere wichtigste Aufgabe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sein, dass die wirtschaftliche Entwicklung im gesamten Land Schritt hält. Nur wenn die Entwicklung in den regionalen Entwicklungszentren der äußeren Räume mit der im Verflechtungsraum von Berlin mit hält, können wir gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger schaffen.

Außerdem müssen wir erreichen, dass die Förderung durch die Europäische Union über das Jahr 2006 hinaus für die strukturschwachen Regionen Brandenburgs erhalten bleibt.

Brandenburg wird nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, seine Stärken zu bündeln. Dabei wissen wir, dass nur erfolgreiche Unternehmen in der Lage sind, auf Dauer sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir werden den Unternehmen und den Menschen im Land helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Das dabei auch Fehleinschätzungen passieren und Risiken zum Zeitpunkt einer Entscheidung anders bewertet werden als sie sich dann herausstellen, dies müssen auch wir einräumen.

Nicht zuletzt die Entwicklungen bei der LEG haben uns in den letzten Monaten auch die Grenzen von dem gezeigt, was durch politische Einflussnahme in wirtschaftliche Abläufe zu leisten ist.

Anrede

Dass die LEG liquidiert werden muß, können wir nicht nur externen Faktoren zuzuschreiben. In der LEG gab es Missmanagement. Aber einige der Verluste resultieren unter anderem auch aus Projekten, die im Interesse des Landes und einer Entwicklung im Lande standen, die aber eben nicht kostendeckend zu realisieren waren und die aber von privaten Investoren nicht durchgeführt worden wären. Es gilt zu klären - und dies ist die eigentliche Kernfrage -, ob sich das Land für die Umsetzung seiner strukturpolitischen Ziele eigener Gesellschaften bedienen soll.

Wenn man diese Frage bejaht und Missmanagement ausschließt, so muss jedoch jedem von uns klar sein, dass da wo der Staat den Anschub einer Entwicklung mitfinanziert, er auch mit defizitären Projekten rechnen muss und erklären muss wie er diese decken will, um spätere Schuldzuweisungen zu vermeiden.

(Anrede)

wer über die Zukunft Brandenburgs redet, kommt auch nicht daran vorbei, etwas zu Berlin - Brandenburg zu sagen. Die Region Berlin-Brandenburg ist so attraktiv wie seit Jahrzehnten nicht mehr, die Bundeshauptstadt ist aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht und auch Brandenburg profitiert unbestritten von der Lage zur Berlin.

Die gemeinsame Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg hat das Potential zur Zukunftsregion und europäischen Drehscheibe zwischen West und Ost.

Eine Zukunftsregion hängt aber auch von ihren infrastrukturellen Voraussetzungen ab.

Unternehmen wird es nur dorthin ziehen, wo ihnen am Standort bestmögliche Verkehrsverbindungen verschiedener Art geboten werden. Dies hat nicht zuletzt auch die Entscheidung von BMW für den Standort Leipzig gezeigt. Standorte die heute nicht mehr über eine hervorragende Anbindung auf der Strasse, auf der Schiene, und in auch in der Luft verfügen, sind bei Standortentscheidungen benachteiligt.

Für die Entwicklung des Wirtschaftsraumes Berlin-Brandenburg ist jedoch ein leistungsfähiger Flughafen von dringender Bedeutung. Gerade für Brandenburg, mit seiner noch nicht ausreichend entwickelten Infrastruktur ist ein solcher Flughafen von immenser Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft.

Durch die bessere Anbindung an den internationalen Luftraum wird Berlin-Brandenburg als Wirtschaftsregion zwischen Ost- und Westeuropa für neue Unternehmensansiedlungen interessant.

Der Entscheidung für den Standort Schönefeld ist eine lange Diskussion über den möglichen Standort für den Flughafen vorausgegangen. Dabei soll so weit wie möglich auf die Situation der Menschen vor Ort Rücksicht genommen werden.

Dies haben wir auch in unserem Landtagswahlprogramm noch einmal bekräftigt: „An verantwortlicher und zentraler Stelle in der Landespolitik müssen die Belange der betroffenen Menschen beachtet und berücksichtigt werden.“ heißt es dort.

Im Interesse des ganzen Landes Brandenburg muß die Politik daher eine verantwortungsvolle Abwägungsentscheidung zwischen der Situation der Menschen vor Ort und den Chancen für die Menschen im gesamten Land treffen.

Ich kann verstehen, dass dies für diejenigen wenig tröstlich ist, die als Bewohner einer Nachbargemeinde von den Auswirkungen des Ausbaus von Schönefeld direkt betroffen sein werden.

Aber zu einem Großflughafen für Berlin-Brandenburg gibt es keine Alternative, genauso wie die Entscheidung für ein gemeinsames Land Berlin-Brandenburg auf Dauer alternativ los ist.

(Anrede)

eigentlich sprechen alle rationalen Gründe für eine Fusion der Länder Berlin und Brandenburg. Objektiv betrachtet war dies auch schon 1996 so. Wir alle haben danach immer wieder Ursachenforschung nach den Gründen betrieben. Es hat sich zumindest immer wieder herauskristallisiert, dass der Hauptpunkt nicht rationale Gründe, sondern eine diffuse emotionale Sammlung von Befürchtungen, Ängsten und Vorbehalten waren. Diese gilt es vor einem erneuten Versuch auszuräumen.

Dies alles wird nicht einfacher vor dem Hintergrund der Berliner Situation. In Berlin hat sich die politische Situation komplett verändert. An einem der größten politischen Finanzskandale der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte ist die große Koalition in Berlin zerbrochen.

Seit dem 16.Juni hat Berlin nun einen neuen Regierenden Bürgermeister: Klaus Wowereit.

Für die Berliner Sozialdemokratie ist es ein Wahlkampf, wie ihn die Stadt seit Jahren nicht mehr erlebt hat. Wir wünschen Klaus Wowereit und unseren Genossen in Berlin für den nun anstehenden Wahlkampf alles Gute und dass es ihnen mit einem SPD geführten Senat gelingt, einen weiteren Schritt zur inneren Einheit der Bundeshauptstadt zu gehen.

Viele haben mich nach dem Bruch der großen Koalition in Berlin gefragt, welche Auswirkungen dies auf die brandenburgische Koalition haben wird. Ich kann dazu nur sagen, von Seiten der SPD wird dies keine Auswirkungen haben, wir stehen zu dieser Koalition und das aus gutem Grund.

Zum einen sind die Verhältnisse in Berlin und in Brandenburg nicht vergleichbar und zum zweiten können wir auf fast zwei Jahre erfolgreiche Regierungsarbeit mit der großen Koalition zurückblicken. Dies war und ist nicht immer einfach, aber es gibt derzeit keinen Grund, den Koalitionspartner zu wechseln.

Ich will nur noch einmal darin erinnern, dass einer der Gründe sich 1999 für die Koalition mit der CDU zu entscheiden, die schwierige Haltung der PDS zur Frage der Sanierung des Landeshaushaltes war und bei dieser schwierigen Aufgabe sind wir noch nicht am Ziel angekommen. Das Kabinett musste auch in diesem Jahr wieder schmerzliche Einsparungen beschließen. Diese werden uns alle in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen.

Auch wenn über die eine oder andere Maßnahme noch diskutiert wird, eines ist uns allen klar, vom Ziel der Haushaltskonsolidierung bis zum Jahr 2004 können und dürfen wir nicht abrücken, sonst ist langfristig die politische Handlungsfähigkeit des Landes gefährdet. Die PDS hat bis heute nicht erklärt, wie diese für die Zukunft Brandenburgs entscheiden Frage aus ihrer Sicht zu beantworten ist.

(ANREDE)

Wie in Berlin so ist auch in Brandenburg die wahlkampffreie Zeit vorbei. Die heiße Phase der Wahlkämpfe für die Direktwahl von 66 Bürgermeistern und Oberbürgermeistern in Brandenburg läuft. Mit diesen Wahlen wird praktisch ein Dauerwahlkampf bis zum Jahr 2004 eingeläutet. Bundestagswahl 2002, die Kommunalwahlen 2003 und im Jahr 2004 die Wahlen für einen neuen Landtag in Brandenburg und die Europawahl.

Wir wollen als märkische SPD die Erfolge der Vergangenheit wiederholen.

Im ersten Schritt heißt dies, wir wollen stärkste Partei in den Kommunen des Landes Brandenburg bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger werden entscheiden, ob sie mit unserer Arbeit zufrieden sind und uns weiterhin ihr Vertrauen geben. Dazu gehört, dass wir möglichst alle Städte verteidigen, in denen wir den Amtsinhaber stellen.

Gute Chancen haben wir aber auch in vielen anderen Städten, wo wir noch nicht den Bürgermeister stellen, beispielsweise in Teltow, Spremberg, Finsterwalde und Luckenwalde.

Besondere öffentliche Aufmerksamkeit wird sich aber auf die drei kreisfreien Städte richten:

In Brandenburg an der Havel folgt auf Helmut wiederum Helmut. Auf Helmut Schliesing folgt Helmut Schmidt. Nach 12 Jahren wird Helmut Schliesing nicht mehr in Brandenburg kandidieren. Ihm gebührt für sein Engagement unser aller Dank. Unser neuer Kandidat ist für die Brandenburger kein Unbekannter. Helmut Schmidt ist Gründungsrektor der Fachhochschule in Brandenburg und wurde gerade am vergangenen Wochenende von der SPD nominiert. Nicht nur sein Name bürgt für Qualität.

Ich bin fest überzeugt, dass die Havelstädter Helmut Schmidt in den nächsten Wochen kennen und schätzen lernen werden. Für mich ist das sicher: Mit Helmut Schmidt wird Brandenburg an der Havel eine SPD Hochburg bleiben!

In Frankfurt werden wir auf unsere gute Arbeit der letzten Jahre aufbauen können. Gerade hier im direkten EU-Grenzbereich, der schon in absehbarer Zeit keiner mehr sein wird, ist bereits heute spürbar und erlebbar wie Europa zusammenwächst und dazu haben die Frankfurter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit ihrem Oberbürgermeister Wolfgang Pohl einen riesigen Beitrag geleistet. Bereits im Juli wurde Peter Fritsch auf dem Unterbezirksparteitag nominiert. Mit ihm werden wir die erfolgreiche Arbeit fortsetzen und Frankfurt wieder zu einem anerkannten Wirtschaftsstandort machen.

Besonders spannend wird der Wahlgang in Cottbus. Dort wollen wir der CDU das Amt des Oberbürgermeisters abnehmen und neu anzufangen.

Die muss heißen, sich mit dem was war, kritisch auseinander zu setzen. Dazu ist es notwendig, den Bürgerinnen und Bürgern eine unbelastete, eine glaubwürdige Alternative zur bisherigen Führung ihrer Stadt zu bieten. Klaus Zacharias ist mehr als eine glaubwürdige Alternative. Klaus, Du bist für Cottbus die Chance für einen politischen Neuanfang. Unsere Unterstützung hast du dabei.

### **(Anrede)**

Die kommenden Monate werden für die brandenburgischen Sozialdemokratie eine spannende aber auch strapaziöse Zeit der Wahlkämpfe, bei dem wir die tatkräftige Unterstützung eines jeden Mitgliedes brauchen werden.

Damit wir unser Ziel, stärkste kommunalpolitische Kraft in unserem Land zu bleiben, erreichen können, wird es maßgeblich darauf ankommen, dass wir gemeinsam und geschlossen für unsere Kandidaten kämpfen.

Dies bedeutet nicht, dass wir in unserer Partei nicht demokratischen Streit führen können. Aber in der Öffentlichkeit muss die SPD mit einer Stimme sprechen. Es wird für

den Ausgang der Wahlen entscheidend sein, ob wir geschlossen hinter unseren Kandidatinnen und Kandidaten stehen und für unsere gemeinsamen Ziele kämpfen.

Bitte erinnert Euch, die Bundestagswahlen 1998 konnten wir vor allem deshalb gewinnen, weil die Partei geschlossen hinter ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder stand. Nur ein Jahr nach der Wahl im Sommer 1999 war das öffentliche Bild der Rot-Grünen Bundesregierung kein Gutes.

In den Umfragen lagen wir deutlich hinter der CDU, obwohl wir im ersten Regierungsjahr eine Vielzahl unserer Wahlversprechen eingelöst hatten.

Was war passiert? Bundesregierung und Partei wurden öffentlich als zerstritten wahrgenommen. Erst als es uns gelang wieder mit einer Stimme zu sprechen, kehrte das Vertrauen der Bürger in unsere Politik zurück und wir haben auch Dank eines geschlossen Auftretens gute Chancen bei den Bundestagswahlen im Jahr 2002 die Mehrheit zu verteidigen. Geschlossenheit macht uns stark.

Darum zum Schluß mein dringender Appell:

Scharrt Euch hinter Euren Bürgermeisterkandidaten. Aber nicht, um Euch hinter ihnen zu verstecken. Sondern kämpft für Sie, kämpft mit Ihnen.

(ANREDE)

Gerade in den letzten Tagen ist durch die Feierlichkeiten zum elften Tag der deutschen Einheit wieder viel über den Stand der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West diskutiert worden. Sicher, es besteht noch immer eine Diskrepanz zwischen ost- und westdeutscher Lebensrealität, auch 11 Jahre nach der Einheit. Aber wir alle haben in den letzten Jahren viel erreicht und darauf können wir stolz sein. Dies kann jedoch nicht davon ablenken, das noch ein gutes Stück des Weges vor uns liegt. Dies muss man auch immer wieder ehrlich sagen. Es nützt nichts, erneut die Erwartungen vieler Menschen mit kurzfristigen Erfolgsversprechen zu schüren und übertriebene Hoffnungen wecken.

Gerade in Hinblick auf die Bundestagswahlen im Jahr 2002 müssen wir uns hüten voreilige Versprechen zu geben die wir in kurzer Zeit nicht halten können. Wir dürfen das Kohlsche Märchen von den „blühenden Landschaften“ nicht durch andere Legenden ersetzen. Auch wir Sozialdemokraten müssen uns der unbequemen Wahrheit stellen: die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland ist ein dickes Brett, das es noch eine ganze Weile zu bohren gilt. Heute auf unserem Parteitag wollen wir darüber diskutieren, wo wir den Bohrer in der Wirtschaftspolitik ansetzen wollen.

Unser Leitantrag ist dafür eine gute Grundlage. Und die vielen Änderungsanträge zeigen, dass die Partei in den letzten Monaten intensiv debattiert hat. Ich freue mich deshalb auf unsere Beratungen am Nachmittag.

Und ich bin sicher, dass wir gute Beschlüsse fassen werden. Beschlüsse, die über den Tag hinaus von Bedeutung sind, die die SPD, die uns alle in Brandenburg voranbringen werden.